

Die politische Aussprache im Reichstag.

Die Interpellation Bergl gegen die Ausnahmeverordnung.

(Druckmeldung unserer Berliner Korrespondenz.)

Berlin, 30. Sept. Nach Annahme des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages durch den Reichstag beginnt die politische Aussprache.

Abg. Bergl (D.-N.) beantragte zunächst den Antrag seiner Partei gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 2. Sept. und fuhr dann fort: Seit 5 Wochen liegt Deutschland in Brand wegen der Maßnahmen, die die Regierung getroffen hat; seit fünf Wochen werden in Bayern Verhandlungen geführt, deren Anlaß wohl jedem klar macht, um welchen Abbruch wir gehandelt haben. Es hätte wohl jeder erwartet, daß der Reichspräsident bei der ersten Gelegenheit seine Absichten für die Zukunft hier enthüllt hätte. Aus dem Schweigen der Regierung müssen wir entnehmen, daß die Regierung nicht beabsichtigt, mit dem heutigen Tage etwa als Friedensbringer aufzutreten. Sehr oft hat der Reichspräsident von Verfassungen gesprochen. Die Regierung hätte etwa wie folgt vor den Reichstag treten müssen: Wir leben ein, das wir uns übernommen haben (weiter); wir haben das nicht gewollt, was sich in den letzten fünf Wochen ereignet hat; wir wollen Garantien dafür geben, daß Verfassungen für alle die Gewalttaten erfolgen, die wir in so ungewohnter Anzahl in den letzten fünf Wochen gesehen haben; wir wollen Garantien dafür geben, daß die neue Verordnung in anderem Sinne angewandt wird, (wachen links.) Sie haben gesagt, aber leicht ist es doch im Lande eine ganze Menge Optimisten, die eine solche Stellungnahme der Regierung erwarten. Wir sind immer eine Partei der Verfassungsverweigerung gewesen. (Wachen links.) Wir haben unseren Antrag auf Aufhebung der neuen Verordnung abschließend erlassen, nachdem uns mitgeteilt war, daß der Reichspräsident heute nicht zuerst das Wort ergreifen würde, daß er also nicht als Friedensbringer auftreten würde. (Wachen links.)

Wir wollen volle Klarheit.

Mit aller Entschiedenheit würden wir uns dagegen wenden, daß man mit dieser Verordnung ein Ausnahmeverfahren einleitet, das keine Rechtsgrundlage hat, das eine schwere Verletzung der Verfassung darstellt, das eine Verletzung der nationalen Ehre darstellt, das eine Verletzung der nationalen Souveränität darstellt. Man wird uns heute die intellektuelle Urheberhaftigkeit am Rode Erbergers vorwerfen. Von den elf in München Verhafteten gehört kein einziger der Deutschnationalen Partei an. Wir haben ein Strafverfahren gegen die „Germania“ und gegen die „Freiheit“ eingeleitet, und daraus wird sich erweisen, daß an uns nicht das mindeste hängen bleiben wird. Bei den Enthaltungen des bayerischen Staatsministers Traut muß man doch annehmen, daß es sich um die neuesten Ergebnisse der Untersuchung für den Erberger-Mord handelt. Ich muß an den Kaiser die Frage richten: Wann sind diese Enthaltungen über den Geheimbund erfolgt und was für Verbeugungsmaßnahmen hat die Regierung getroffen?

Wer einen politischen Mord begeht, schießt sich automatisch aus eigener Tasche aus.

(Erneute Debatte bei der Mehrheit.) Wir haben auf verfassungsmäßigem Boden. (Wachen links.) Nicht den Schatten eines Beweises hat man dafür erbracht, daß wir überhaupt zur Verhaftung von Staatsbeamten angetrieben. Redner verurteilt weiter die Unterdrückung der nationalen Feiern und das Unverständnis, das den Eindruck haben werden müssen, daß man der Strafe nachgeht. Bei den Verhaftungen handelt es sich um Feiern aus Anlaß von Taten aus unserer rühmlichen Vergangenheit. (Wachen links.) Sie sollten doch darüber nicht lachen. Fragen Sie einmal Herrn Gieseler, haben Sie kein Verständnis für die rühmliche nationale Vergangenheit? (Wachen links.) Auf: Deutschnationaler Vergangenheit! (Wachen links.) Die Regierung weiß, daß diese Feiern gar nicht parteipolitisch aufzuheben waren? Aus allen Bayern waren die Teilnehmer zu den Regimentsfeiern gekommen. Wir wären gerne bereit, diese Feiern als Feiern des ganzen Volkes zu bezeichnen. (Wachen links.) Ich bin auch der Letzte, zu behaupten, Sie (an den Sozialisten) hätten kein Nationalgefühl, aber ich vermute, daß Sie dieses Gefühl auch besitzen. Bayern sah in der Verordnung des Reichspräsidenten einen Einbruch in die Staatshoheitsrechte. In Bayern herrschte nun einmal dieser Eindruck. Man mußte daher die Verordnung nicht als Bruch der Verfassung empfinden. Wochenlang mußten wir eine so schwere

Gefährdung der Reichseinheit leben. Nun haben wir das Kompromiß. Auch wir sind gewiß froh, daß es endlich zu diesem Kompromiß gekommen ist, aber es hat doch das Vertrauen gegen unparteiliche Verordnungen der Reichsregierung nicht befestigt. Es schwebt ein Damokleischwert über der Versammlungsfreiheit und über der Presse.

Daher won mit dieser Verordnung. Wir haben nun vor einer neuen Koalition. Diese Koalition der Zukunft soll la hart sein. Sie müßte auch ohne diese Verordnung realisiert werden können. Machen Sie Schluss mit dem Aktum dieser fünf Wochen. Schaffen Sie eine Grundlage, auf der endlich wieder ein gemeinames Zusammenarbeiten zum Wohle unseres Vaterlandes möglich ist. (Beifall rechts, wachen links.)

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.) verurteilt die intellektuelle Urheberhaftigkeit der Deutschnationalen Partei an der Ermordung Erbergers und einem Verstoß der „Deutschen Tageszeitung“, verschiedenen Artikeln des „Niederrheinischen

Zeitung“ usw. nachzuweisen. Erst die Ermordung Erbergers und die neue Auflage des Rapp-Briefes haben der Regierung die Augen geöffnet. Aber sie ist ohnmächtig gegen die Reaktion. Die ihr aus jedem Bundesrat, aus jedem Ministerium und jedem Amt entgegensteht.

Darauf hielt Reichspräsident Dr. Wirth die auf der ersten Seite wiedergegebene Rede. Nach ihm sprach

Abg. Scheidemann (Soz.): Die Deutschnationalen wollten lieber den Bürgerkrieg als die Abwehrverordnung des Reichspräsidenten. (Unruhe rechts.) In Bayern hätten sich Nordorganisationen gebildet. Diese Zustände müßte Herr Dittmann in ganz Deutschland haben. (Unruhe rechts.) Wenn die Reichsregierung, um den politischen Verfall einzudämmen, die Verordnung erläßt, so ist das keine Verurteilung, obwohl sie sonst gegen Ausnahmemaße sein. Die Einbeziehung der Deutschnationalen könne nur verbunden mit dem Verständnis, daß sie die Schuld an Erbergers Tod trügen. (Unruhe rechts.) Kurze Sätze: (Beifall links.) Erberger habe alles getan, um das deutsche Volk vor dem Schlimmsten zu bewahren. Seitens der Reichsregierung sei er aber getötet worden, bis er erlegen sei und die Täter der Mordtat hätten die Tat bejubelt. Der Reichspräsident an Erberger habe bezeugt, als man ihm bewußten Landesverrat zum Vorwurf machte. Schuld und Unwissen hätten nur beendet, was andere begonnen hätten. Oberlauer berichtet, daß Offiziere der Obersten Obergerichtsbehörde bereits am 9. November im Automobil mit roten Fahnen gefahren seien. (Beifall links.) Bauer sagt weiter: Am 9. November wurde festgestellt, daß in der Obersten Obergerichtsbehörde noch ganz

drei Offiziere hinter dem Obersten Kriegsherrn standen,

der Kronprinz und zwei andere. Wo seien die anderen drei Offiziere der Obersten Obergerichtsbehörde gewesen? Verleumdungen und Gerüchte gehörten zu den hervorragenden Traditionen der deutschen Reaktionäre. Wenn man jetzt eine Anzahl von Ministern der Korruption bezeichnen würde, so sei es auch Bismarck gewesen. Bayern sei das Rückland aller Reaktionen. Dort habe sich auch die Norddeutsche rubia entwickeln können. (Beifall links.) Verleumdungen seien dort bei den höchsten Beamten ein- und ausgenommen, und der Münchner Polizeipräsident Pöhlmer habe als den nächsten Kandidaten die Straßenmünder mit Arbeiterblut besoffen. Was sich jetzt in Bayern breit mache, sei das ästhetische reaktionäre Preussentum, das sich in der ganzen Welt verhaftet gemacht habe. Wir haben, sagt Redner, das Vertrauen an der Regierung und Wirth, daß sie alles tun wird, um die Republik zu verteidigen und der Vernichtung des öffentlichen Lebens Halt zu geben. Wir werden nicht dulden, daß diese Politik ausgeübt oder noch recht abgedrängt wird, sondern werden dafür wirken, daß wir in dem bisher einhaltenen Kurs nur noch klarer und stärker treuen. Wir brauchen eine Demokratisierung der Verwaltung, der Reichswehr und der Rechtspflege.

Ein Verfassungsantrag wird angenommen. — Persönlich erklärt Abg. Bergl (D.-N.), daß er die vom Reichspräsident erwähnte Verordnung nicht für verfassungswidrig halte. (Beifall links.) Abg. Dittmann (Unabh. Soz.) wird von der Unklarheit des Wortes und von den Kommissarien mit Schimpfwörtern empfangen. Abg. Dittmann wird wegen solcher Schimpfwörter zur Ordnung gerufen. — Dr. Dittmann erklärt: Herr Scheidemann hat mich für den moralischen Urheber des Mordes an Erberger erklärt. (Auskunft links.) Ich weise diesen Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurück. Es kann kaum jemand geben, der diesen Mord mehr verurteilt als ich. (Wachen links.) Ich habe Erberger als politischen Gegner betrachtet. Ich habe 1919 den Anstand und die Konstanz gesehen, den Soldaten des Reiches kennenzulernen von dem, was gegen Erberger vorlag. Ich habe damals den Gedanken fester beauftragt, den Reichspräsidenten davon Kenntnis zu geben, daß ich gegen Erberger vorgehen würde, wenn nicht von Reichs wegen eine Untersuchung stattfinden würde. Sie hat nicht stattgefunden. (Beifall links.) Daher war ich gezwungen, in die Öffentlichkeit zu gehen. Ich habe den Kampf mit offenem Messer geführt. (Wachen links.) Der Bericht über den Mordfall in meiner Sommerwohnung ist einseitig. Nur die Urheber des Mordes sind vernommen worden. (Beifall links.) Es wurde von den Demonstranten erklärt, ich würde von Ort zu Ort abgehört werden, bis mein Schicksal mich erreichen würde. (Wachen links.) Durch solche Reden, wie die Scheidemannsche wird eine Atmosphäre geschaffen, die Mordtaten provoziert. Ich fürchte mich nicht. Ich habe auch die mit vom Reichspräsident angeordnete Bewachung durch zwei Kriminalbeamte abgelehnt. Mein Schwert ist die gute Sache, für die ich kämpfe. (Beifall rechts, wachen links.) — Abg. Scheidemann (Soz.): Dr. Dittmann hat das richtige Gefühl gehabt, daß er hier der Donquixote ist. (Lachen links.) (Lachen links.) Der Reichspräsident hat Erberger moralisch gemeldet und den Mordern die Pistole in die Hand gedrückt. (Große Unruhe.) Herr Dittmann möge keine Sorge haben, er möge nicht nur von den Deutschnationalen, sondern vom ganzen Volk wie ein Held verehrt werden (weiter), damit er als lebendiges Zeugnis dafür erhalten bleibt, wie tief man moralisch sinken kann. (Große Unruhe rechts, Unruhe links.) — Reichspräsident Dr. Wirth erklärt, daß das französische Verbot mit dem Reichspräsidenten gemein sei. Der Schwert sei Dr. Dittmann angedreht worden, obwohl keine Nachrichten von Bedrohungen vorlägen. Weiterberatung morgen. Vorher Interpellation Bergl über die Wahlabschlüsse. Schluss 7 Uhr.

Die nächste Zahlungsrate bereits gedeckt?

Berlin, 30. Sept. Amlich wird mitgeteilt: Im Laufe der Verhandlungen, die das Garantiefomitee in der Woche der letzten drei Tage der Woche mit den Vertretern der deutschen Regierung abhielt, hat das Komitee insbesondere die Lage hinsichtlich der nächsten Zahlungsrate am 15. November dieses Jahres zu leitenden Zahlung geprüft. Diese Zahlungsrate stellt die erste Quartalsrate der variablen Annuität dar, deren Betrag nach Abschluß der Auslieferung endgültig festzulegen ist. Die deutsche Regierung hat dem Komitee ihre Zahlung des Wertes der Auslieferung für das am 1. Mai beginnende Quartal mitgeteilt. Dieser Wert bildet die Grundlage für die Festlegung des Betrages der Zahlungsrate am 15. November. Das Komitee hat diese Zahlen vorläufig anerkannt. Sie werden nach den Verhandlungen einer einzelnen abendenden Radikulation und gegebenenfalls späteren Modifikation unterliegen. Werden die seit dem 1. Mai 1921 bereits gemachten und bis Ende Oktober noch auszuführenden Zahlungen vorbeschrieben, die in gewissen abweichenden Ländern kraft der Besatzungs- oder analoger gesetzlicher Bestimmungen erhoben werden, so ergibt sich, daß die nächste Rate vom 15. November abdeckt ist, ohne daß es erforderlich ist, zu den Mitteln neuer Darlehensanfragen zu greifen. Das Garantiefomitee erläßt eine gleiche offizielle Mitteilung. (W. T. U.)

Die Rückzahlung der belgischen Schuld.

Paris, 30. Sept. (Havass.) Der Friedensvertrag von Versailles legt Deutschland die Pflicht der Rückzahlung in Goldmark der von Belgien im Laufe des Krieges von den Alliierten, besonders von Frankreich, aufgenommenen Darlehen auf. Diese Rückzahlung ist den 132 Milliarden Goldmark der Reparationssumme zuzuführen. Da die Belgien geforderten Vorschläge von den einzelnen Ländern in der Währungs des betreffenden Landes, d. h. von Frankreich in Franken, aufgenommen wurden, so wurde die Frage aufgeworfen, ob für die Rückzahlung die Umrechnung in Goldmark vorgenommen werden sollte. Frankreich ist in weit höherem Maße als England und Amerika an der Umrechnung interessiert, infolge der Wertverminderung des Franken gegenüber dem Golde, die seit der an den belgischen Staatsbank erfolgten Forderungen eintrat. Wenn, wie von den Alliierten vorgeschlagen und verteidigt wurde, Frankreich die gleiche Anzahl Franken, die es Belgien vorgeschossen, zurückzahlen würde, so würde durch den Kurs der Verlust mehr als die Hälfte der belgischen Schuld betragen. Frankreich erbot Einspruch gegen diese Lösung der Frage, die der Finanzministerkonferenz am 13. September vorgelegt wurde. Nach langen Debatten schlug der französische Delegierte vor, die Meinungsverschiedenheiten dem Schiedsgericht des Vereinten Staaten, Völkern, vorzutragen. Der Vorschlag wurde angenommen. Es gelang, den englischen Schatzkanzler zu überzeugen, daß sich England der französischen Seite anschloß und sie vor dem Schiedsgericht vertrat. Vonden hat jetzt einen Schiedspruch gefällt, der Frankreichs Standpunkt durch die Rückzahlung der belgischen Schuld durch Deutschland, wie sie im Friedensvertrag vorgesehen ist, wird auf der Grundlage von Goldmark zum Bestehen vom 11. November 1918, dem Tage der Unterzeichnung des Waffenstillstandes, umgerechnet. Frankreich erhält eine Summe, die 2 Milliarden übersteigt. Wäre die Umrechnung, so wie es die Alliierten vorgeschlagen haben, erfolgt, so hätte es einen Betrag von weniger als einer Milliarde erhalten. (W. T. U.)

Die Völkerbundsversammlung.

Genf, 30. Sept. In der heutigen Sitzung der Völkerbundsversammlung wurde einstimmig die Resolution der fünften Kommission über die Diplomatfrage angenommen. Der vom Vorsitzenden der Kommission Ferreira (Portugal) vorgelegte Bericht fordert eine Vertiefung der in der Haager Konvention von 1919 durchgeführten Kontrolle über den Diplomathandel, die Unterdrückung des freien Handels mit chemischen Produkten und die Einberufung einer internationalen Konferenz zum Zwecke einer Ausdehnung der Haager Konvention. Im weiteren Verlaufe der Vorbereitungsarbeiten wurde über die Diskussion für Rußland verhandelt. Im allgemeinen wiederholten Wotta (Schweiz) als Vorsitzender und die Diskussionsredner die bereits aus den beiden öffentlichen Sitzungen bekannten Argumente. Man hielt eine große erheitende Rede, in der er die Völkerbundsversammlung und die Regierungen auf die für die Verantwortung aufmerksam machte, die auf ihnen laie, wenn sie 20 Millionen Menschen dahinterließen. Man müsse Rußland zu Hilfe kommen, bevor es zu spät sei und bevor man das allzu lange Jögern bereuen würde. (W. T. U.)

Die Undurchführbarkeit der Abrüstung.

Genf, 30. Sept. Die dritte Kommission (Abrüstung) nahm heute mit unwesentlichen Änderungen einen von Lord Cecil vorgelegten Bericht über die Abrüstung an. Der Bericht stellt fest, daß die von der gemischten Abrüstungskommission des Völkerbundes gemachten Vorschläge leider nicht entfernt das Abrüstungsproblem berühren. Die Aufstellung, daß die Abrüstungskosten wirksam eingeschränkt werden können, wenn in der ganzen Welt Frieden herrscht, erscheint der Kommission zu weitgehend. Eine vollständige Abrüstung sei doch nicht durchführbar ohne Mitarbeit der Vereinigten Staaten, Deutschlands und Rußlands. Insbesondere erfordere die Ermächtigung der Vereinigten Staaten eine Verabreichung der Seekriegskräfte. Was die Landstreitkräfte betreffe, so sei die Lage günstiger. Deshalb sei es nicht ersichtlich, warum der Rat nicht unverzüglich die vom Rat unterlegten Verpflichtungen erfülle und allgemeine Richtlinien für die Abrüstungspolitik festlege.

Italienische Vermittlung zwischen Ungarn und Oesterreich.

Rom, 30. Sept. Die Anonima Stefani veröffentlicht folgende Erklärung: Die ungarische Regierung hat dem italienischen Minister des Auswärtigen Marquis della Torretta den Vorschlag unterbreitet, zwischen Ungarn und Oesterreich die Vermittlung zu übernehmen zur Herbeiführung einer freundschaftlichen Lösung der Frage des Burgenlandes. Torretta unterrichtete die Kabinette in Paris und London vom Stande der Angelegenheit, wobei er die Alliierten ersuchte, mit ihm zusammen zu arbeiten, um eine schnelle und befriedigende Lösung der ersten Frage herbeizuführen. Die Vorkonferenz, die über die Schlichtung unterbreitet wurde, nahm die im Ganzen befriedigende Vermittlungsaktion an. Die Schlichtung wurde jedoch ausgesetzt, doch die Aktion auf das Ungarn übermittelte, bis zum 4. Oktober befristete Ultimatum keine ausbleibende Wirkung auslöste. (W. T. U.)

Ein Gefecht mit ungarischen Freischärlern.

(Von unserem Wiener Sonderkorrespondenten.) Wien, 30. Sept. Seit heute Mittag ist in der Nähe der Weithandlung ein heftiges Gefecht gegen ungarische Freischärler im Gange. Vermittlungsproben in Bruck 300 bewaffnete Studenten der Bundeswehr Hochschulen ein. Budapest, 30. Sept. Auf die durch die Wiener Presse verbreitete Nachricht, daß in Westungarn unter Leitung von Stefan Friedrich ein selbständiger Staat ausgerufen worden sei, heißt das ungarische Telegrammen-Büreau fest, daß Angehöriger Friedrich sich in Budapest befindet. In Westungarn selbst ist von einer solchen Proklamation nichts bekannt. (W. T. U.)

De Valera nimmt die Einladung zur Konferenz an.

London, 30. Sept. (Reuters.) De Valera hat die Einladung Lord Georges zu einer Konferenz angenommen. (W. T. U.)

Die Sozialdemokratie und die Regierungsbildung.

Berlin, 30. Sept. Die der Sozialdemokratische Parteivorstand mittelt, daß die sozialdemokratische Reichsfraktion am Freitag in später Abendstunden folgenden Beschlüsse gefaßt:

1. In einer oleannten Demission des Kabinetts Wirth ist keine Veranlassung. Es kann sich bei der eventuellen Erweiterung der Regierung vielmehr nur um die Umbildung des Kabinetts Wirth handeln.

2. Bevor die Umbildung der Regierung vorgenommen wird, muß eine Einigung über den Teil des Regierungsprogramms erzielt sein, der die Stellung der Regierung zur demokratisch-republikanischen Staatsform und die zum Schutze der Republik zu ergreifenden Maßnahmen klarlegt.

3. Eine Entscheidung über die eventuelle Umbildung der Regierung kann die Fraktion erst fällen, wenn das gesamte Regierungsprogramm vorliegt und so die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion, sowie der besonderen Bestimmungen des Beschlusses zu ersehen ist.

Die Fraktion behält weiter, an den Vorkand der U. S. V. heranzutreten, um festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen diese eventuell bereit sei, in die Reichs- und die preussische Regierung einzutreten. (W. T. U.)

Graf Verchenfeld für den Föderalismus.

München, 30. Sept. In der bereits angelegentlich Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Graf Verchenfeld führte dieser u. a. aus: Es handle sich bei dem Streit zwischen Föderalismus und Unitarismus nicht um die Einheit des deutschen Volkes. Diese Rede auch für jeden Föderalisten außer Frage. Wir Föderalisten, sagte der Ministerpräsident, sind der festen Überzeugung, daß die Einheit des deutschen Volkes nicht nur in der Gegenwart, sondern auch in absehbarer Zukunft nicht in einem unitarischen,

sondern in einem föderalistischen Reiche gewährleistet und zu größerer Leistungsfähigkeit geformt wird. Wenn auch anzuerkennen sei, daß schon im Reiche Bismarcks zentralistische Tendenzen sich bemerkbar gemacht hätten, so sei doch die Tatsache wesentlich, daß die Entwicklung zwangsmäßig unterbrochen worden sei und notwendige Entschärfungen übergegangen worden seien. Er habe voll und ganz auf dem Standpunkt, daß die Aufhebung eines anderen zu ehren und zu achten sind. Man dürfe nicht gegen einen Stand reagieren und diesen Stand unterdrücken. Er wolle haben, daß sich alle Stände, auch die Arbeiter, an den Aufgaben des Staates mit eigener Verantwortung beteiligen. Nur so könnten sie erkennen, daß man nicht alles nur mit Theorien machen, sondern daß nur die Praxis selbe, was möglich, was erreichbar und was erzieherisch sei. Keinen Zweifel über möchte er darüber lassen, daß von dem sozialistischen Marxismus keine Auffassung eine strenge Scheidungslinie trenne, und daß zwischen beiden Auffassungen kein Kompromiß möglich sei. Damit solle aber nicht gesagt sein, daß in die politischen Auseinandersetzungen Selbstschutz und das Eingetragene werden solle. An Stelle der marxistischen Auffassung lege er die Begriffe der organisierten Entwicklung und die Förderung des stützlichen Willens. (W. T. U.)

Eine französische Spitzelkommission in Bayern.

(Druckmeldung unserer Berliner Korrespondenz.) Berlin, 30. Sept. Wie von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat sich jetzt eine zur Interimistischen Militärkontrollkommission gehörige Spitzelkommission im Auftrag des Generalrats für Bayern gebildet, die dort an Ort und Stelle Erkundigungen über angebliche Putschabsichten und rechtsradikale Organisationen des Kapitän Görhardt einziehen soll. Gleichzeitig damit hat die französische Militärmission den Auftrag erhalten, sich in Prag und Budapest eingehend über die Beziehungen dort wohnender rechtsradikaler Persönlichkeiten zu bekannten Persönlichkeiten in Bayern zu unterrichten und diese verdächtigen Personen nach Möglichkeit ständig zu überwachen.